



Sie stehen bereit

29.05.2006

KINSHASA/KIGALI/BERLIN

(Eigener Bericht) - Kurz vor Entsendung deutscher Soldaten in die Demokratische Republik Kongo drohen mutmaßliche Kriegsverbrecher die Wahlen mit der Entfesselung neuer Kämpfe zu verhindern. Die Milizionäre haben in den vergangenen Jahren mehrfach auf dem Gelände einer deutsch kontrollierten Firma im Ostkongo Zuflucht gefunden. Obwohl die Bundesregierung konkrete Möglichkeiten zur Einflussnahme auf das Unternehmen besitzt, schritt sie gegen die Bewaffneten nicht ein. Dieselben Milizionäre nahmen seit Mitte der 1990er Jahre am Bürgerkrieg im Ostkongo teil und strebten den Anschluss der dortigen Kivu-Provinzen an das benachbarte Ruanda an. Ruanda ist ehemalige deutsche Kolonie. Ein deutsches Firmennetz trug zur Finanzierung des Sezessions-Krieges bei - auch dies, trotz scharfer Kritik der Vereinten Nationen, ohne von den Berliner Aufsichtsbehörden gestoppt zu werden. "Die rot-grüne Regierung hat faktisch das Herausbrechen der Kivu-Provinzen aus dem Kongo gebilligt", bestätigt der Afrika-Experte und frühere Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Helmut Strizek, im Gespräch mit german-foreign-policy.com. Als "eigenartig" bezeichnet Strizek die Kongo-Aktivitäten der Abgeordneten Uschi Eid. Hauptsächliche Nutznießerin der deutschen Ostkongo-Politik ist die Militärregierung des früher deutsch beherrschten Ruanda. Deren Präsident entstammt dem alten Kolonialadel und gilt seit seiner Amtsübernahme im Jahr 1994 als enger Partner Berlins. Bei der bevorstehenden Militärexpedition verfügt die deutsche Außenpolitik über mehrere Herrschaftsoptionen.

Kriegsvorbereitungen

Wie die kongolesische Presse berichtet, bereiten sich die Anführer mehrerer irregulärer Milizen auf einen erneuten Krieg im Osten des Landes vor. Hintergrund sind die bevorstehenden Wahlen. In den Kongo-Kriegen der 1990er Jahre sind in der Provinz Nord-Kivu und anderen Grenzgebieten zu Ruanda sezessionistische Kräfte an die Macht gelangt; sie wollen Territorialteile des Kongo losbrechen und an Ruanda anschließen, aber verfügen über keine entsprechende Basis in der Bevölkerung. Die Sezessionisten gelten daher schon jetzt als Wahlverlierer.[1] Den drohenden Einflusseinbußen suchen sie mit unterschiedlichen Mitteln zu begegnen. So heißt es etwa über den Gouverneur Nord-Kivus, er halte sich mehrere Möglichkeiten offen und versuche derzeit seine Stellung über eine Kooperation mit Kinshasa zu retten. Zugleich häufen sich die Berichte über unmittelbare Kriegsvorbereitungen ruandatruener Milizen, zu denen der Gouverneur nach wie vor Kontakt hält.[2] Im Mittelpunkt stehen die Milizenchefs Laurent Nkunda [3] und Jules Mutebutsi [4], die für eine Meuterei im Juni 2004 und anschließende schwere Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht werden [5].

Zuflucht

Nkunda und Mutebutsi, die nach der Meuterei wegen starken internationalen Drucks fliehen

mussten, fanden im Sommer 2004 Zuflucht in Nord-Kivu - auf dem Gelände einer Bergbaufirma mit dem Namen Somikivu.[6] Somikivu ist mehrheitlich in deutschem Besitz, auf die Tätigkeit des Unternehmens kann die Bundesregierung mittels eines Treuhandvertrags Einfluss nehmen (german-foreign-policy.com berichtete).[7] Berlin verhinderte die Anwesenheit der beiden mutmaßlichen Kriegsverbrecher nicht; noch im Dezember 2005 mussten Truppen der regulären kongolesischen Armee die Rebellen-Milizen vom Somikivu-Gelände vertreiben. Das Unternehmen wird seit April 2004 von einem Geschäftsmann geleitet, der als ruandatreu gilt. Er steht unter dem Verdacht krimineller Verbindungen zu einer Organisation von Waffenschiebern, die mit UN-Sanktionen belegt ist.[8]

Vertraut

Die Finanzierung proruandischer Milizen warfen die Vereinten Nationen bereits dem vorhergehenden deutschen Geschäftsführer des Bergbauunternehmens, Karl-Heinz Albers, vor.[9] Von Albers heißt es, er habe mit der Tätigkeit seines verzweigten Firmennetzes zur Finanzierung des ostkongolesischen Krieges beigetragen. Als Aufsichtsärztin eines seiner Unternehmen hatte eine pensionierte Diplomatin des Auswärtigen Amtes Einblick in die Geschäftstätigkeit. Sie war mit der politischen Lage im Grenzgebiet zwischen dem Kongo und Ruanda außerordentlich vertraut - es handelt sich um Johanna König, eine ehemalige deutsche Botschafterin in Ruanda.[10]

Lohn

Albers wickelte den Verkauf ostkongolesischer Ressourcen in Kooperation mit Johanna König über Ruanda ab und trug damit zur Stärkung der dortigen Militärregierung bei. Das Regime in der früheren deutschen Kolonie Ruanda entsprach westlichen Vorstellungen: Mit kriegerischen Grenzaktionen gegen den Kongo konnte es die Bergbauinteressen der früheren Kolonialstaaten zur Geltung bringen und die kongolesische Zentralregierung unter Druck halten.[11] Dafür durfte sich Ruanda, das Wirkungsgebiet der deutschen Botschafterin a.D., "faktisch die beiden (ostkongolesischen) Kivu-Provinzen einverleiben", sagt der Afrika-Experte und frühere Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Helmut Strizek, im Gespräch mit dieser Redaktion. "Mit den dortigen Bodenschätzen - Gold, Coltan und anderes - sollte Ruanda die dauerhafte Verbesserung seiner Devisenbasis ermöglicht werden". Wie Dr. Strizek urteilt, ist dies auch mit Billigung der Bundesregierung geschehen.

Konsequent

Die Bundesregierung kooperiert eng mit dem Militärregime in Ruanda, das nach dem Genozid im Jahr 1994 an die Macht gelangte.[12] Bundeswehrsoldaten hatten 1994 den Machtwechsel im Rahmen eines UN-Einsatzes in Ruanda begleitet; in Kigali werde "anerkannt, dass Deutschland sich (...) rasch mit humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit engagiert hat", heißt es im Auswärtigen Amt.[13] In der Folge hielten ruandische Truppen in Abstimmung mit dem Westen den Ostkongo besetzt, die Ausbeutung der dortigen Rohstoffe zugunsten Ruandas erreichte neue Höhepunkte. Konsequenterweise wertete Berlin im Jahr 2001 Ruanda zum Schwerpunktland der deutschen "Entwicklungshilfe" auf.

Kooperation der Eliten

Die enge Kooperation zwischen Berlin und dem gegenwärtigen Militärregime in Ruanda ruft

Erinnerungen an die deutsche Kolonialherrschaft in Ostafrika wach. Deutschland kontrollierte Ruanda, das auf der Berliner Kongo-Konferenz von 1884/85 dem Reich zugeschlagen wurde, durch ein System indirekter Herrschaft mit Hilfe der dortigen Eliten. Bei Aufständen griffen die Berliner Expeditionstruppen ein, etwa im Jahr 1912, als die für das Kaiserreich nützliche Hochadelsfamilie der ruandischen Ega bedroht war. Wie der Afrika-Experte Dr. Strizek in einer jüngst erschienenen Monographie berichtet, ist der heutige Staatspräsident Kagame ein ranghoher Vertreter dieser Familie, die damals "von den Deutschen gegen Autonomiebestrebungen im Norden Ruandas militärisch gerettet worden ist" [14] - wie damals arbeitet Berlin auch heute mit dem Familienclan eng zusammen.

Rohstoffe

Zu Kagames Parteigängern gehört der mutmaßliche Kriegsverbrecher Laurent Nkunda. Nkunda unterstützte Kagame bereits zu Beginn der 1990er Jahre bei dem Versuch, vom ugandischen Exil mit kriegerischen Mitteln an die Macht zu gelangen.[15] Nachdem dies 1994 in Folge des Genozids gelungen war, nahm Nkunda an den verschiedenen Feldzügen gegen den Kongo teil, die vom Westen unterstützt wurden und Ruanda die faktische Kontrolle über den Ostkongo einbrachten - insbesondere über die dort lagernden Rohstoffe.

Optionen

Laurent Nkunda hatte führende Stellungen in den prorwandischen Milizen inne, die ihre Waffen unter anderem über Erträge aus Rohstoffverkäufen nach Deutschland finanzierten, und fand schließlich auf dem Gelände des deutsch kontrollierten Bergbauunternehmens Somikivu Zuflucht. Nkundas Drohung, die bevorstehenden Wahlen mit neuen Kämpfen zu verhindern, begleitet den Beginn des umfangreichsten deutschen Militäreinsatzes in Afrika seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Expedition eröffnet Berlin mehrfache Optionen: Bei genehmtem Wahlausgang können Rohstoffvereinbarungen mit einer gefügigen Zentralregierung in der kongolesischen Hauptstadt getroffen werden; sollte sich dieses Vorhaben zerschlagen, bliebe der Rückgriff auf die deutsch protegierten Milizen im Ostkongo und in Ruanda. Sie stehen bereit.

Lesen Sie auch das [Interview mit Dr. Helmut Strizek](#).

[1] Hintergrund: Warlord droht mit Angriff während Wahlen. Nkunda auf Fahndungsliste von UNO-Truppen - Mischt Ruanda mit?; Der Standard 25.05.2006

[2] Nkunda, Mutebusi et Bosco préparent déjà la guerre;
www.digitalcongo.net/fullstory.php?id=68510

[3] Laurent Nkunda, auch bekannt als Laurent Nkundabatware, unterliegt UN-Sanktionen gemäß den Paragraphen 13 und 15 der Resolution Nr. 1596 des UN-Sicherheitsrates.

[4] Jules Mutebutsi, auch bekannt als Jules Mutebusi oder Jules Mutebuzi, unterliegt UN-Sanktionen gemäß den Paragraphen 13 und 15 der Resolution Nr. 1596 des UN-Sicherheitsrates.

[5] Demokratische Republik Kongo: Kriegsverbrechen in Bukavu; Pressemitteilung von Human Rights Watch 11.06.2004

[6] Bericht der Expertengruppe für die Demokratische Republik Kongo; Security Council Document S/2006/53

[7] s. dazu [Kriegsressourcen \(I\)](#)

[8] s. dazu [Kriegsressourcen \(III\)](#)

[9] s. dazu [Kriegsressourcen \(II\)](#)

[10] s. dazu [Kriegsressourcen \(III\)](#)

[11] Lesen Sie dazu das [Interview mit Dr. Helmut Strizek](#).

[12] Die neuen Eliten um Staatspräsident Paul Kagame, die damals aus dem anglophonen ugandischen Exil kamen, hätten "Ruanda aus der Frankophonie 'herauskatapultiert'", berichtete die deutsche Botschaft in Kigali vor zwei Jahren. S. dazu [Region der Großen Seen](#)

[13] Politische Beziehungen; Länder- und Reiseinformationen des Auswärtigen Amts
27.05.2006

[14] Helmut Strizek: Geschenkte Kolonien. Ruanda und Burundi unter deutscher Herrschaft, Berlin 2006. Lesen Sie dazu auch unsere [Rezension](#).

[15] International Crisis Group: Congo's Elections. Making or Breaking the Peace; Africa Report Nr. 108, 27.04.2006

s. auch [Begrüßt und fortgeschrieben](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com
